Presseinformation

Datum: 22. November 2026

Roses Revolution Day 2026: Verfassungsbeschwerde zur Geburtshilfe wird um Rüge gegen GKV-Spargesetz erweitert

Schleswig-Holstein, 22. November 2026. Anlässlich des Roses Revolution Day am 25. November – dem internationalen Aktionstag gegen Gewalt in der Geburtshilfe – informiert *Gerechte Geburt e. V.* über den aktuellen Stand der vorbereiteten Verfassungsbeschwerde. Die Beschwerdeschrift befindet sich in der finalen juristischen Ausarbeitung und wird um eine unmittelbare Gesetzesrüge gegen das im Sommer verabschiedete GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (BStabG) erweitert. Im Fokus steht die verfassungsrechtliche Klärung, wie die Grundrechte **aller Beteiligten** – von Schwangeren, Gebärenden, Neugeborenen und Familien ebenso wie von Hebammen, Ärztinnen und Ärzten – wirksam geschützt werden können.

„Seit Jahren legen Frauen am 25. November überall in Deutschland Rosen vor Kreißsälen nieder. Sie machen damit sichtbar, was im Versorgungsalltag noch immer zu oft unsichtbar bleibt: körperliche und psychische Übergriffe, fehlende Aufklärung, Eingriffe ohne echte Einwilligung und systemische Vernachlässigung unter der Geburt“, erklärt Mascha Grieschat, Vorsitzende von *Gerechte Geburt e. V.* und Beschwerdeführerin. „Aktuelle Untersuchungen wie die RESPECT-Studie legen nahe, dass rund ein Viertel der Gebärenden in Deutschland Gewalt oder Diskriminierung erlebt. Eine professionelle, respektvolle und leitliniengerechte Geburtshilfe sollte überall selbstverständlicher Standard sein. Doch Zeitdruck, Personalmangel, ökonomische Fehlanreize und rechtliche Grauzonen erschweren genau das im Klinikalltag erheblich. Unsere Verfassungsbeschwerde richtet sich gegen diese jahrzehntelange staatliche Untätigkeit, die die Grundrechte aller Beteiligten im Kreißsaal gefährdet – und nun zusätzlich gegen eine Gesetzgebung, die die Versorgungslage weiter verschärft.“

Erweiterung um unmittelbare Gesetzesrüge erfordert zusätzliche Sorgfalt

Aufgrund neuer gesetzlicher Entwicklungen – darunter das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz und die Krankenhausreform – wird die Beschwerde als kombinierte Verfassungsbeschwerde ausgebaut: Sie richtet sich nun sowohl gegen staatliches Unterlassen als auch direkt gegen budgetäre und strukturelle Regelungen, die ohne geburtshilfliche Schutz- und Ausnahmeklauseln in Kraft gesetzt wurden. Da diese Erweiterung mehrere hundert Anlagen aus der Praxis sowie neue Gesetzesanalysen umfasst, nimmt die finale Fertigstellung des Schriftsatzes für das Bundesverfassungsgericht bewusst noch Zeit in Anspruch – denn Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.



Grundrechte gelten auch im Kreißsaal: Gerechte Geburt e. V. bereitet Verfassungsbeschwerde zum Schutz von Familien und Fachkräften vor.

Belastung für Familien und Fachpersonal

„Vermeidbare Verletzungen sowie Gewalt- und Ohnmachtserfahrungen unter der Geburt belasten das Vertrauen, die Bindung zum Kind und das gesamte Familiensystem oft über Jahre hinweg – und auch Hebammen und ärztliches Personal leiden massiv unter dem strukturellen Druck“, betont Finn Jacob aus dem erweiterten Vorstand. „Dass die Erfahrungsberichte aller Betroffenen – von Familien wie von Fachkräften – nun als Belege herangezogen werden, um die strukturellen Grundrechtsverletzungen verfassungsrechtlich prüfen zu lassen, ist ein entscheidendes Signal.“

Breites Bündnis: Gemeinsame Erklärung weiterhin offen zur Mitzeichnung
Flankiert wird das juristische Vorgehen von einer Gemeinsamen Erklärung, die von Organisationen, Elterninitiativen und Fachkräften sowie Einzelpersonen weiterhin per E-Mail mitgezeichnet werden kann. Sie beschreibt die strukturellen Grundrechtsverletzungen in der Geburtshilfe und unterstreicht die Notwendigkeit einer verfassungsrechtlichen Klärung sowie wirksamer staatlicher Schutzmechanismen.

Weitere Infos & Hinweise zur Mitzeichnung:

www.gerechte-geburt.de/projekte/verfassungsbeschwerde/mitzeichnen/

Das Projekt unterstützen
Die juristische Ausarbeitung einer Verfassungsbeschwerde ist aufwendig und erfordert unter anderem externe rechtliche Expertise sowie die sorgfältige Dokumentation zahlreicher Erfahrungsberichte. Als gemeinnütziger und mildtätiger Verein arbeitet Gerechte Geburt e. V. ehrenamtlich und unabhängig – jede Spende ist steuerlich absetzbar und kommt zu 100 % der Arbeit zugute.

- Spendenkonto & weitere Infos: www.gerechte-geburt.de/home/unterstützen/
- Online spenden über Betterplace: www.betterplace.org/de/projects/170274-verfassungsbeschwerde-zur-wahrung-der-grundrechte-in-der-geburtshilfe

Über Gerechte Geburt e.V. – Verein zur Förderung gerechter Geburtshilfe

Gerechte Geburt setzt sich seit 2013 für gerechte, sichere und menschenwürdige Geburtshilfe ein. Der Verein vereint Betroffene, aktiv engagierte Personen sowie Fachpersonen aus Geburtshilfe, Psychologie und Sozialwissenschaften. Gerechte Geburt ist Gründungsmitglied im Netzwerk der Elterninitiativen für Geburtskultur und arbeitet partnerschaftlich mit zahlreichen weiteren Organisationen und Initiativen zusammen, die sich für Verbesserungen in der Geburtshilfe einsetzen. **Der Verein fordert die Anerkennung geburtshilflicher Gewalt als systemisches Problem – und endlich politisches Handeln.**

Kontakt für Presseanfragen

Gerechte Geburt – Verein zur Förderung gerechter Geburtshilfe e. V.
E-Mail: info@gerechte-geburt.de | Web: www.gerechte-geburt.de